

11. Sitzung Leg.-Periode 2011/2016

Homberg, den 10. Mai 2012

Beginn: 19:00 Uhr

Niederschrift

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

am 10. Mai 2012

im Dorfgemeinschaftshaus, Am Fiedeler 5, 34576 Homberg (Efze)-Holzhausen

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx eröffnet die Sitzung, begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats mit Herrn Bürgermeister Martin Wagner an der Spitze, die Zuhörer, darunter Stadtältester Friedrich Linnenkohl und Ortsvorsteher Becker, sowie Frau Yüce und Frau Kiele von der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen.

Danach unterbricht er die Sitzung für 15 Minuten.

Nach der Wiedereröffnung stellt Herr Marx fest, dass Einwendungen gegen Form, Frist und Inhalt der Einladung nicht erhoben werden, und dass zur Zeit 32 Stadtverordnete im Saal anwesend sind, darunter 12 Stadtverordnete von der SPD, 9 Stadtverordnete von der CDU, 5 Stadtverordnete von der FWG, 4 Stadtverordnete von der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und 2 Stadtverordnete von der FDP.

Nachträglich gratuliert der Stadtverordnetenvorsteher allen Stadtverordneten, Stadträten und weiteren Personen, die in der Zeit vom 04.04.2012 bis zum 10.05.2012 Geburtstag hatten.

Danach gedenkt er des verstorbenen Stadtältesten Günther Braun.

Bürgermeister Wagner teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte 1b, 4, 5 und 6 abgesetzt werden. Der Punkt 13a muss nicht behandelt werden, da er vorab schriftlich beantwortet wurde.

Die Tagesordnung ändert sich entsprechend.

Die Fraktion der FWG hat einen Antrag zur Geschäftsordnung zum Thema „Absetzung des Antrags zu Tagesordnungspunkt 8b) wegen Verletzung der Sperrfristregelung“ gestellt. Dieser wird vom Vorsteher verlesen.

Abstimmung: Bei 32 anwesenden Stadtverordneten 15 Ja-Stimmen und
17 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anwesend von der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Axel Althaus	CDU	Herr Holger Jütte	FDP
Herr Axel Becker	CDU	Herr Wolfgang Knorr	CDU
Herr Klaus Bölling	GRÜNE	Herr Günther Koch	FWG
Herr Peter Dewald	CDU	Frau Edith Köhler	SPD
Herr Ulrich Fröhlich-Abrecht	CDU	Herr Rainer Krannich	CDU
Herr Stefan Gerlach	SPD	Herr Klaus-Thilo Kroeschell	CDU
Herr Dietrich Habbishaw	GRÜNE	Herr Friedhelm Lotz	SPD
Herr Bruno Hassenpflug	SPD	Herr Christian Marx	SPD
Herr Jörg Hassenpflug	CDU	Herr Heinz Marx	SPD
Herr Sascha Henschke-Meyl	FWG	Frau Sandra Melchior	SPD
Herr Bernd Herbold	SPD	Frau Nadine Potstawa	CDU
Herr Thomas Hoffmann	FWG	Herr Manfred Ripke	FDP
Herr Hilmar Höse	GRÜNE	Herr Delf Schnappauf	GRÜNE
Herr Achim Jäger	FWG	Herr Eckbert Siebert	FWG
Herr Joachim Jerosch	SPD	Frau Barbara von Gimborn	SPD
Frau Ursula Jungermann	SPD	Frau Karin Wilhelm	SPD

Anwesend vom Magistrat:

Herr Bürgermeister Martin Wagner	Herr Stadtrat Hartmut Höhle
Herr Stadtrat Joachim Eisenberg	Herr Stadtrat Jürgen Kreuzberg
Herr Stadtrat Heinrich Engelhardt	Herr Stadtrat Jürgen Monstadt
Frau Stadträtin Christa Gerlach	Herr Stadtrat Karl Weiß

Zuhörer: 28

TAGESORDNUNG

- 1. Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 2012 nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung**
- 2. Beratung über den vom Rechnungsprüfungsamt des Schwalm-Eder-Kreises geprüften Jahresabschluss 2008**
- 3. a) Beschlussfassung über Personalangelegenheiten
b) Information über durch den Magistrat beschlossene Personalangelegenheiten, gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 03. Februar 2011**

4. **Antrag des Vereins Bürger für Homberg e.V. auf Aufnahme des Gasthauses „Krone“ als Impulsprojekt in das Städtebauförderprogramm Stadtumbau in Hessen – Stadtumbau West –**
5. **Ehemaliger Baubetriebshof Davidsweg**
 - a) **Beratung und Beschlussfassung über den Verkauf von Grundstücken (Teilfläche des ehem. Bauhofes „Altes Gaswerk“ / Waschhalle-Werkstätten)**
 - b) **Beratung und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen zur Sanierung (Teil- oder Vollsanierung) und zum Bau eines Jugendzentrums auf den ehemaligen Betriebsflächen**
6. **Erneute Beratung über die Folgenutzung des ehemaligen Amtsgerichts hier: Antrag der FWG-Fraktion vom 25.04.2012**
7. **Sachstandsbericht über noch nicht abgearbeitete Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung**
8. **Informationen**
9. **Anfragen**
10. **Anregungen**

VERLAUF UND ERGEBNIS DER BERATUNGEN

ZU DEN EINZELNEN TAGESORDNUNGSPUNKTEN:

Zu Punkt 1:

Gegenstand: Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 2012 nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird von der Ausschussvorsitzenden, Frau Wilhelm, vorgetragen.

Herr Fraktionsvorsitzender Gerlach kündigt an, zugleich auch zum Haushaltssicherungskonzept und zum Schutzschirm des Landes, den er als Knirps bezeichnet, zu

sprechen.

In seiner Rede geht er ein auf:

- Kommunalwahlkampf im Zusammenhang mit dem laufenden Verfahren der Staatsanwaltschaft und dem herrschenden Misstrauen innerhalb der politischen Arbeit
- Internetbloginformationen, die der Stadt schaden würden
- Schuldenstand, der Kinder und Enkelkinder belasten würde, Schuldendienst umfasst 3 Mio. € pro Jahr
- Fehlende tragbare Ansätze zur Haushaltskonsolidierung
- Fehlbetrag 2012 und zu erwartende Fehlbeträge in den kommenden Jahren
- Untereinander herrschende Vertrauenskrise
- Tarif- und leistungsgerechte Bezahlung des Personals
- Finanzielle Lage der meisten hessischen Gemeinden
- Reduzierung des kommunalen Finanzausgleichs
- Finanzierung der U3-Betreuung
- Kommunaler Rettungsschirm, finanzielle Ausstattung der Kommunen im Ländervergleich. Dabei spricht er zahlreiche Einzelheiten des Konsolidierungshandbuchs des Landes an. Die Maßnahmen seien überwiegend mit der SPD nicht umsetzbar.

Abschließend dankt er allen Bediensteten, die an der Erstellung der Haushaltssatzung mitgearbeitet haben. Die SPD werde die Haushaltssatzung 2012 ablehnen, um zu zeigen, dass es so nicht weiter gehen könne und auch als Signal an die Landesregierung.

Herr Fraktionsvorsitzender Kroeschell meint, die Aussagen Herrn Gerlachs seien grundsätzlich richtig. Allgemein herrsche eine hohe öffentliche Verschuldung vor. Vielen Leuten gehe es gut, doch längst nicht allen. Denen müsse durch die Kommune geholfen werden. Er möchte den Schuldendienst, speziell in Abwasserinvestitionen und freiwillige Leistungen aufteilen. Dann spricht er die von Herrn Gerlach genannte Vertrauenskrise und den Internetblog an. Gemeinsam müsse man versuchen, die Schulden zu verringern und die Anziehungskraft der Stadt zu stärken. Zu erfragen sei, welches Ziel die Stadt habe, dieses auch bei sinkenden Einwohnerzahlen.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen mithelfen, um die Einnahmen zu verbessern, die Schulden zu senken und Gewerbebetriebe anzusiedeln.

Die Zins- und Tilgungsleistungen sind ein weiteres Thema seines Beitrages.

Abschließend appelliert er, gemeinsam weiter zu arbeiten.

Auch Herr Fraktionsvorsitzender Bölling stellt fest, das Gesagte sei alles richtig.

Die Haushaltssituation sei jedoch schon länger bedrohlich. Er spricht an:

- Erhöhung des Kassenkredites
- Schuldenstand und Schuldendienst, dabei das Defizit des Hessentages, auferlegte Aufgaben z. B. Kindergärten, eine gute Kinderbetreuung sei jedoch unverzichtbar, da diese in die Zukunft gerichtet ist.
Dabei nennt er auch das Thema Konnexitätsprinzip.
- Anträge im Haupt- und Finanzausschuss zum Haushalt
- Großprojekte wie Marktplatz-Ost und Kauf der Bundeswehrflächen gingen in die falsche Richtung
- Das Ärztehaus sei ein Projekt, das die Stadt attraktiver machen würde. Es ziehe Menschen in die Altstadt, sei als eine kleinteilige Lösung, neben anderen, positiv zu sehen.
- Mangelndes Vertrauen in die parlamentarische Arbeit, den Umgang mit Fördermitteln und den Haushaltsansätzen für die Öffentlichkeitsarbeit
- Solarflächen
- Zuschuss an den Stadtmarketingverein und dessen Arbeit sowie Zuschuss an Knülltouristik

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wollen den Haushalt 2012 nicht mittragen.

Herr Fraktionsvorsitzender Jäger meint, der Abbau von Schulden müsse in der heutigen Debatte einen hohen Stellenwert haben.

Er fordert die Vorlage der Jahresabschlüsse 2009-2011.

Dann nennt er Eckdaten zu Einnahmen im Haushalt und meint, diese haben mit Entschuldung nichts zu tun.

Das Parlament befinde über das Geld aller Hombergerinnen und Homberger und habe die Möglichkeit die Ziele selbst zu bestimmen.

Weiterhin spricht er an:

- Aufgabenübertragung durch Bund und Land
- Gegenwert für Verbindlichkeiten, Homberg könne noch gerettet werden. Die freiwilligen Leistungen müssen bei Inanspruchnahme des Rettungsschirms auf den Prüfstand gestellt werden, neue Projekte z. B. das Jugendzentrum müssen maßvoll angegangen werden.
- Konversionsflächen
- Unternehmensansiedlungen
- Einkaufszentrum Marktplatz-Ost müsse fraktionsübergreifend und mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden
- Arbeit des Stadtmarketingvereins, evtl. Einstellung eines neuen Geschäftsführers
- Mögliche Sparpotentiale
- Haushaltsansatz Grundstückserwerb komplett streichen
- Kassenkredite, dabei geht er auf die Zins- und Tilgungsleistungen ein
- Kontrolle des städtischen Finanzgebahrens

Der Haushaltsentwurf 2012 wird von der FWG nicht akzeptiert.

Die Haushaltslage sei kritisch, wie auch in anderen Städten und Kreisen, meint Herr Jütte.

Sparziele seien im Haushalt erkennbar, Bund und Länder ließen die Kommunen jedoch allein. Deshalb müsse man selbst neue Einnahmequellen generieren.

Erhebliche Kosten entstünden durch die Größe der Stadt und steigendem Energieaufwand.

Der Haushalt müsste rechtzeitig eingebracht werden. Ebenfalls sind die Rechnungsabschlüsse zeitnaher zu erstellen.

Abschließend spricht er das Konnexitätsprinzip sowie fehlende Entlastung durch Bund und Land an.

Er dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltes und teilt mit, dass die FDP dem Haushalt 2012 zustimmen wird.

Bürgermeister Wagner meint, dass man eine gute und notwendige Diskussion über den Haushalt führe.

Er geht auf Äußerungen einiger Vorredner, z. B. es sei sein Haushalt, ein.

Dann erläutert er den Schuldenstand, Kanalbaumaßnahmen, Kindergartengebühren, Kürzung von Wartungs- und Instandhaltungskosten sowie die Kreis- und Schulumlage.

Er bittet um Verständnis und die Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Politikern, die die entsprechenden Beschlüsse fassen, wenn Kürzungen erfolgen müssen.

Er erwartet eine Zusammenarbeit, um den Haushalt gemeinsam zu tragen.

Auch Herr Schnappauf meint, dass Vieles richtig sei. Die Schuld könne man jedoch nicht nur in Berlin und in Wiesbaden suchen. Auch die Kommunen tragen ihren Anteil daran.

Massive Steuersenkungen in den Vorjahren seien ursächlich für die schlechte Situation der Kommune. Für die Bankenrettung seien Milliarden € da. Warum nicht auch für Kommunen?

Er nennt als Beispiel den CDU-Bürgermeister der Stadt Wanfried, der gut mit allen zusammenarbeitet. Beispielsweise haben sich Niederländer, auf seine Initiative hin, angesiedelt bzw. besuchen Wanfried häufig. Er rät, man solle viele kleine Schritte tun, statt großflächige Zentren zu planen.

Herr Kroeschell bestätigt das Geschehen in Wanfried und teilt mit, dass die CDU den Haushalt ablehnen werde.

Daraufhin unterbricht der Vorsteher die Sitzung.

Nach Wiedereröffnung teilt er mit, dass über die Haushaltssatzung nicht abgestimmt wird. Der Sachverhalt wird vertagt und soll in einer neuen Sitzung am 30. Mai 2012 beraten werden.

Zu Punkt 2:

Gegenstand:

Beratung über den vom Rechnungsprüfungsamt des Schwalm-Eder-Kreises geprüften Jahresabschluss 2008

Keine Wortmeldungen.

Zu Punkt 3:

Gegenstand:

- a) **Beschlussfassung über Personalangelegenheiten**
- b) **Information über durch den Magistrat beschlossene Personalangelegenheiten, gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 03. Februar 2011**

a) Entfällt.

- b) Herr Bürgermeister Martin Wagner informiert über durch den Magistrat beschlossene Personalangelegenheiten wie folgt:

Die wöchentliche Arbeitszeit einer Erzieherin wurde, bedingt durch die Veränderung bei einer Integration, von 30 auf 15 Wochenstunden, mit Wirkung vom 01.04.2012 reduziert.

Für den Reinigungsdienst wurde eine weitere Vertretungskraft, befristet für ein Jahr, eingestellt.

Für die Hausverwaltung in den Dorfgemeinschaftshäusern in den Stadtteilen Lützelwig und Welferode wurde je eine Mitarbeiterin eingestellt.

Zu Punkt 4:

Gegenstand:

Antrag des Vereins Bürger für Homberg e.V. auf Aufnahme des Gasthauses „Krone“ als Impulsprojekt in das Städtebauförderprogramm Stadtumbau in Hessen - Stadtumbau West

Frau Ausschussvorsitzende Wilhelm trägt die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vor.

Bürgermeister Wagner berichtet für den Magistrat.

Herr Jörg Hassenpflug beschreibt das Gasthaus Krone als unbedingt erhaltens- und die Bemühungen des Vereins als unterstützenswert.

Das Vorhaben werde seitens der CDU unterstützt.

Herr Bölling glaubt, es sei ein schwieriger aber notwendiger Weg, die Krone zu erhalten.

Die gleiche Meinung äußert Herr Gerlach, denn die Krone sei ein Schmuckstück der Stadt.

Nach Herrn Fraktionsvorsitzenden Ripke unterstützt die FDP das Vorhaben ebenfalls, um die Gaststätte zu reaktivieren und betriebswirtschaftlich betreiben zu können.

Den 30jährigen Krieg hat das Gasthaus mit einem Schutzbrief überstanden, jetzt drohe Verfall, sagt Herr Jäger.

Die Aktivitäten des Vereins seien ein Glücksfall.

Die FWG unterstützt die Aufnahme in das Programm.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, das Projekt „Gasthaus Krone“ als Impulsprojekt in das Integrierte Handlungskonzept des Förderprogramms Stadtumbau in Hessen aufzunehmen.

Abstimmung:

Bei 32 anwesenden Stadtverordneten 32 Ja-Stimmen

Zu Punkt 5:

Gegenstand:

Ehemaliger Baubetriebshof Davidsweg

**a) Beratung und Beschlussfassung über den Verkauf von Grundstücken
(Teilfläche des ehem. Bauhofes „Altes Gaswerk“/
Waschhalle-Werkstätten)**

**b) Beratung und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen zur Sanierung (Teil- oder Vollsanie-
rung) und zum Bau eines Jugendzentrums auf
den ehemaligen Betriebsflächen**

Frau Ausschussvorsitzende Wilhelm trägt die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vor.

Herr Koch trägt die Beschlussempfehlung des Bau-, Planungs-, Umwelt- und Energieausschusses vor.

Beschluss:

a) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Verkauf der Teilfläche des ehemaligen Bauhofes (Waschhalle-Werkstätten) mit Freiflächen an den Meistbietenden zum Kaufpreis von 91.101,00 €.

Abstimmung:

Bei 32 anwesenden Stadtverordneten 30 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen.

Gemäß § 25 HGO war Herr Höhle während der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Frau Ausschussvorsitzende Wilhelm trägt die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vor.

Herr Koch trägt die Beschlussempfehlung des Bau-, Planungs-, Umwelt- und Energieausschusses vor.

Bürgermeister Wagner schlägt vor, das Wort „und“ in der vorletzten Zeile in der Beschlussempfehlung in „um“ zu ändern.

Herr Fröhlich-Abrecht meint, dass man heute Abend viel überlegt habe, den Rettungsschirm zu nutzen. Trotzdem habe man vor, das Gaswerk zu sanieren und ein neues Jugendzentrum zu bauen. Er erinnert an die Themen Marktplatz-Ost und Bundeswehrkonversionen und sagt, das Vorhaben Gaswerk passe nicht in die finanzielle Landschaft, obwohl alle Maßnahmen der Jugendarbeit unterstützt werden müssen.

Er möchte die Planung nicht mittragen, da eine neue kleine Stadthalle entstehen würde.

Für die Jugendarbeit könnten andere Räume genutzt werden, da die Stadt über keine entsprechenden Mittel verfüge.

Dann geht er auf die Kosten des Ärztehauses ein, die man mit ca. 800.000,00 € geplant habe und jetzt bei 1,6 Mio. € liegen würden. Im November 2011 wurde der entsprechende Beschluss gefasst. Danach gab es keine Neuigkeiten, dass ein Konzept vorliege.

Er erinnert an die Diskussion zum Tagesordnungspunkt 1 und meint, eine Umsetzung Gaswerk und Jugendzentrum sei nicht möglich.

Herr Dewald teilt mit, der Tagesordnungspunkt 5b habe ihn verwundert, da es bereits mehrfach Beschlüsse im Dezember 2010, im Haushalt 2011 und im Juni 2011 dazu gegeben habe. Man habe Gutachten beauftragt, die Planung vorangetrieben und im November 2011 erneut einen Beschluss gefasst. Dabei sei festgestellt worden, dass das Gaswerk nicht als Jugendzentrum dienen solle.

Heute habe man keine neuen Erkenntnisse, deshalb sei keine neue Abstimmung erforderlich.

Es sei nicht zu verantworten, ein Jugendzentrum im belasteten Gebäude zu bauen und mahnt eine Konzeptvorlage dazu an.

Er bittet, sein Abstimmungsverhältnis namentlich im Protokoll festzuhalten.

Man habe alle Argumente gehört. Die Position Herrn Fröhlich-Abrechts sei nachvollziehbar, doch habe das Parlament bisher keinen klaren Beschluss zum Thema gefasst, meint Herr Gerlach.

Heute gehe es lediglich um einen Antrag zum Bewilligungsbescheid.

Die Integration Jugendlicher sei wichtig. Den geplanten Standort im Davidsweg bezeichnet er als Nahtstelle zwischen Alt- und Neubürgern.

Die Jugendarbeit wird von ihm als lohnende Investition vorgestellt.

Mit dem Integrierten Handlungskonzept im Förderprogramm Soziale Stadt habe man gesagt, dass ein neues Jugendzentrum erforderlich und der Standort entschieden sei, meint Herr Bölling. Das Gebäude sei zu wertvoll, um es abzureißen, als Jugendzentrum sei es geeignet.

Herr Siebert meint, nachdem Teilflächen des ehemaligen Bauhofes verkauft wurden, sei nur noch ein Jugendzentrum im Gaswerk möglich.

Er verliest seinen Brief an den Herrn Bürgermeister. Dieser habe ihn telefonisch beantwortet.

Der Beschluss des Parlaments vom November 2011 sei eindeutig und müsse umgesetzt werden.

Er bittet den Stadtverordnetenvorsteher und den Bürgermeister die Rechte des Parlaments zu respektieren.

In der CDU-Fraktion sei man sich nicht einig, obwohl alle ein Jugendzentrum wollen, teilt Herr Kroeschell mit. Er geht auf mögliche Belastungen der Gebäudesubstanz

und den Sanierungsumfang ein. Man müsse etwas für die Jugend tun und das Gebäude erhalten.

Ursprünglich sei beschlossen worden, kein Jugendzentrum im Gaswerk zu bauen, sich nach Alternativen umzusehen, evtl. sei sogar ein Neubau kostengünstiger, stellt Herr Koch fest.

Ein Jugendzentrum sollte möglichst in den Efwiesen entstehen.

Die FWG möchte den gefassten Beschluss umsetzen und prüfen, welche Fördermittel dazu zur Verfügung stehen.

Er erwähnt die Diskussion im Bau-, Planungs-, Umwelt- und Energieausschuss und den Leserbrief in der HNA dazu.

Die FDP sei gegen ein Jugendzentrum im Gaswerk. Sie stimmt den Argumenten Herrn Fröhlich-Abrechts zu, ein anderes Gebäude dafür zu suchen, sagt Herr Jütte.

Herr Dewald wendet sich direkt an Herrn Gerlach zum Wortlaut des Beschlusses aus November 2011 und an Herrn Bölling zu dessen Ausführungen zum Integrierten Handlungskonzept.

Herr Jäger meint, da Thema sei ernst. Die Sanierung des Gebäudes und der Bau eines Jugendzentrums seien getrennte Dinge.

Man müsse den Förderbescheid und die Förderhöhe zunächst abwarten.

Dann spricht er den von Herrn Koch genannten alternativen Standort, südlich der Efwiesen, an. Er fordert ein umfangreiches Konzept und stellt entschieden klar, nicht gegen die Jugendarbeit zu sein.

Herr Schnappauf spricht die Pflicht zur Altlastensanierung des Gaswerkes an. Neue Gutachten über das Gebäude sagen, es sei nicht stark belastet, deshalb ist es möglich, dort ein Jugendzentrum zu bauen.

Das Geld wird sinnvoll angelegt. Ein Neubau sei unglücklich, da Flächen verbraucht würden, die Nutzung einer Leerstandsimmobilie sei sinnvoller.

Bürgermeister Wagner spricht die unterschiedlichen Ansichten im Hause des Regierungspräsidiums, zur Sanierung, an.

Deshalb entstand der Gedanke, das Gaswerk zu erhal-

ten und in ein Jugendzentrum umzubauen.
Dafür war eine neue Diskussion im Parlament und im Magistrat erforderlich. Umfangreiche Unterlagen zum Vorhaben wurden als Grundlage der Entscheidung zur Verfügung gestellt.

Er spricht frühere Beschlüsse, erforderliche Sanierungsarbeiten, Änderung des Bebauungsplanes, Kaufangebote, das Bundesbodenschutzgesetz, Energiemaßnahmen und Gedanken des Planers an.

Er empfiehlt, die Jugendlichen und die Stadtjugendpflege, den Quartiermanager und die Stadtjugendvertretung in die Planung einzubeziehen.

Abschließend spricht er Alternativen aus der Sitzung des Bau-, Planungs-, Umwelt- und Energieausschuss an. Dazu nennt er Bestimmungen wie Abstand zur Bundesstraße, Überschwemmungsgebiet, dort verlegte Gasleitungen und den Flächenverbrauch an.

Er dankt für die ausführliche Diskussion der Parlamentarier.

Beschluss:

b) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, in Abänderung des vorliegenden Bewilligungsbescheides eine Teilsanierung des Geländes ehem. Gaswerk zu beantragen um ein Jugendzentrum in dem alten Gaswerk zu bauen.

Abstimmung:

Bei 32 Anwesenden Stadtverordneten 19 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen (darunter Herr Dewald)

Zu Punkt 6:

Gegenstand:

**Erneute Beratung über die Folgenutzung des ehemaligen Amtsgerichts
hier: Antrag der FWG-Fraktion vom 25.04.2012**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

Zu Punkt 7:

Gegenstand: **Sachstandsbericht über noch nicht abgearbeitete Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung**

Wird dem Protokoll beigelegt.

Zu Punkt 8:

Gegenstand: **Informationen**

Bürgermeister Wagner teilt mit, dass der Förderantrag Soziale Stadt für 2013 bereits in 2012 gestellt werden muss.

Weiterhin informiert er über die Umschuldung eines Kommunaldarlehens in Höhe von 746.810,01 € per 30.04.2012.

Per 30.04.2012 lief bei einem Kommunaldarlehen der Landesbank Hessen-Thüringen die Zinsbindung aus. Zinssatz zu der Zeit 5,27%.

Der Magistrat hat beschlossen, das Darlehen bei der Kreissparkasse Schwalm-Eder mit einer variablen Verzinsung (6-Monats-Euribor) von zur Zeit 1,62 %, bei einer Tilgung von 1%, abzuschließen.

Ergänzend zu den Erläuterungen in den Unterlagen teilt er zum Thema Waldkindergarten mit, dass der Bedarf in der Kernstadt und im Stadtteil Holzhausen höher ist, als Platz zur Verfügung stehe.

Die Einrichtung eines Waldkindergartens bedeute eine Entlastung. Es sei pädagogisch sinnvoll, den geplanten Waldkindergarten an den Kindergarten Wernswig anzudocken, um personelle Engpässe zu überbrücken und evtl. Nachmittagsbetreuungen zu gewährleisten. Wenn Kinder aus den Kindergärten in der Stadt und Holzhausen Plätze im Waldkindergarten belegen, können die freiwerdenden Plätze durch Kinder aus der Warteliste genutzt werden.

Abschließend teilt er mit, dass als Standort ein Waldstück oberhalb der Gaststätte Waldhof in Wernswig vorgesehen ist, und dankt allen an der bisherigen Planung beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Stadtverordnetenvorsteher Marx teilt mit, dass der Ortsbeirat Berge am 16. Mai 2012 eine Probefahrt mit dem Schulbus im Stadtteil durchführen wird, um die Haltestellensituation zu verbessern.

Bürgermeister Wagner informiert, dass dieses Jahr die Partnerschaft mit der weißrussischen Stadt Stolin 20 Jahre besteht.

Es wird ein Hilfstransport in der kommenden Woche dort hin führen.

Er selbst wird an den Feierlichkeiten in Stolin teilnehmen.

Außerdem werden am Wochenende vom 17. bis 20.05.2012 Besucher aus Fresnes, Frankreich und Mr. Johnstone aus Bridgwater Gäste in Homberg sein. Aus Fresnes werden Musikgruppen am Samstag um 11:00 Uhr am Marktplatz und am Abend in der Stadtkirche Konzerte geben.

Zu Punkt 9:

Gegenstand:

Anfragen

- a) **der FWG-Fraktion vom 26.04.2012
betr. Vorlage der tatsächlichen Zahlen hinsichtlich der Kassenkredite**

Wird dem Protokoll beigelegt.

Zu Punkt 10:

Gegenstand:

Anregungen

Keine Wortmeldungen.

Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:34 Uhr.

G e s c h l o s s e n :



Bottenhorn, Protokollführer



Marx, Stadtverordnetenvorsteher

Sachstandsbericht über Beschlüsse der noch nicht abgearbeiteten Anträge der Stadtverordnetenversammlung Stand 29. März 2012

der SPD-Fraktion vom 12. August 2010	betr. Einrichtung eines Friedwaldes in Homberg (Efze)	26.08.2010	„Der Magistrat der Kreisstadt Homberg (Efze) wird gebeten zu prüfen, auf welche Weise ein Friedwald in Homberg eingerichtet werden kann. Diese Prüfung soll neben geeigneten Örtlichkeiten die rechtlichen Voraussetzungen sowie die finanziellen Aspekte umfassen. Desgleichen soll die Einrichtung eines Gräberfeldes für Erdbestattungen, das als Rasenfläche anzulegen ist, im Bereich des Homberger Friedhofgeländes ebenfalls u. o. a. Aspekten geprüft werden.“	Zwischenzeitlich fand ein Besichtigungstermin statt. Es wurden Planentwürfe für die Umgestaltung hinsichtlich Friedpark, Neuanlage von Kindergräbern und Umgestaltung von Belegungsfeldern erstellt. Daran soll in 2012 weitergearbeitet werden.
der CDU-Fraktion vom 22. September 2010	betr. Erarbeitung von Vorschlägen für die Erweiterung und Umgestaltung des Kinderfriedhofes	07.10.2010	“Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu bitten, Vorschläge für die Erweiterung und Umgestaltung des Kinderfriedhofes zu erarbeiten und die Ergebnisse der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.“	Nach einer inzwischen durchgeführten Ortsbesichtigung ist zeichnerisch dargestellt worden, wo an freierliegenden Flächen Kindergräber neu außerhalb des bisher genutzten Feldes angelegt werden können.
gemeinsamer Antrag der CDU-, der FWG- und der FDP-Fraktion vom 04.08.2011	betr. Einrichtung eines Jugendbeirates	18.08.2011	„Der Antrag wird an den Fachausschuss verwiesen“	Der Ausschuss wird baldmöglichst tagen.
gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 03.08.2011	betr. Prüfung von Lärmschutzmaßnahmen im Zuge der B 323	18.08.2011	“Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, welche Lärmschutzmaßnahmen im Zuge der Bundesstraße 323 getroffen werden können, um die Lärmbelastung für die betroffenen Homberger Bürger zu reduzieren. Dabei ist ebenfalls festzustellen, ob ggf. Lärmschutzmessungen erforderlich sind und welche Kosten – unter Berücksichtigung möglicher	Es fand ein Gesprächstermin mit dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen statt. Es wurden die Grundlagen der Lärmschutzplanungen beim Bau der B323 und die nun erhöhten Lärmbelastungen erörtert. Im 1. Quartal 2012 sollen die neuen Auswertungen der Verkehrsbelastung an der B 323 vorliegen. Dann werden weitere Gespräche mit dem ASV ge-

			Zuschüsse – auf die Stadt Homberg zukommen würden.“	führt. Als Sofortmaßnahme ist die Überprüfung der derzeitigen Lärmschutzwand sowie der Übergänge des Brückenbauwerkes am Holzhäuser Kreuz seitens des ASV zugesagt.
der FWG-Fraktion vom 03.08.2011	betr. erneute Beratung über die zukünftige Nutzung von Teilbereichen des ehemaligen Bauhofs (Altes Gaswerk) im Davidsweg	18.08.2011	„Der Sachverhalt des Tagesordnungspunktes 9 und der Antrag aus Tagesordnungspunkt 10 b) werden an den Fachausschuss verwiesen. Der Magistrat wird beauftragt, die Punkte a) bis e) aus dem Antrag der FWG abzuarbeiten und direkt in den Ausschüssen zu berichten.“	Der Antrag befindet sich zur Zeit in der parlamentarischen Beratung.
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 14.09.2011	betr. Frisches Leben in der alten Stadt: Alternativen zum Einkaufszentrum Marktplatz Ost	29.09.2011	“1. Der Antrag wird an die Ausschüsse für Bau, Planung, Umwelt und Energie sowie Stadtmarketing und Kultur verwiesen. 2. Bis zu einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die weiteren Planungen werden keine weiteren Gutachten in Auftrag gegeben, ggf. vergebene Aufträge für Gutachten werden storniert. Weiterhin werden ohne Beschluss der Stadtverordnetenversammlung keine Immobilien erworben und keine projektbezogenen Ausgaben getätigt.“	Der Antrag befindet sich zur Zeit in der parlamentarischen Beratung. Eine durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossene Arbeitsgruppe wird am 12. Januar 2012 erstmals tagen.
der FWG-Fraktion vom 26.10.2011	betr. Erarbeitung eines „Energiekonzeptes Homberg 2022“ für die Stadt und ihre Stadtteile	10.11.2011	„Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Homberg (Efze) möge beschließen, den Magistrat der Kreisstadt Homberg (Efze) zu beauftragen, in Zusammenarbeit mit der Kraftstrom-Bezugsgenossenschaft Homberg (Efze) und anderen Akteuren, z.B. Landkreis und Zweckverband Knüllgebiet, ein „Energiekonzept Homberg 2022“ für die Stadt und ihre Stadtteile zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung bis zum 30. Juni 2012 zur Beschlussfassung vorzulegen.“	Der Energiebeirat der KBG wurde noch nicht gegründet. Das Konzept wird vorbereitet.

			<p>gen.</p> <p>Das „Energiekonzept Homberg 2022“ sollte folgendes beinhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Bestandsaufnahme/ abschätzung des privaten, gewerblichen und öffentlichen Energieverbrauchs • die Ermittlung von wirtschaftlich sinnvollen Energiesparpotentialen • die Definition von Energiesparzielen • die Erarbeitung von Vorschlägen zur Reduzierung des Energieverbrauchs (z.B. finanzielle Anreize) • die Abschätzung von Potentialen zur wirtschaftlichen Nutzung erneuerbarer Energiequelle (Windkraftpotentiale, PV-Potentiale, Geothermiepotentiale, Biomassepotentiale u.a.) • die Erarbeitung von Zielen zur Erzeugung regenerativer Energien • die Erarbeitung von Beteiligungsformen für Bevölkerung und Ortsbeiräte an Planung und Realisierung des Energiekonzeptes Homberg 2022.“ 	
der FWG-Fraktion vom 18.01.2012	betr. Ausweisung neuer Wohnmobilstellplätze im Bereich der Homberger Innenstadt	02.02.2012	<p>„Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, o. g Antrag als Prüfantrag an den Magistrat und den Ausschuss für Stadtmarketing und Kultur zu verweisen.</p> <p>Nach erfolgter fachlicher Beratung und Feststellung der Kosten ist die endgültige Beschlussfassung, über die Ausweisung neuer Wohnmobilstellplätze im Bereich der Homberger Innenstadt, der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen.“</p>	Der Ausschuss wird baldmöglichst tagen.

der FWG-Fraktion vom 18.01.2012	betr. barrierefreier Zugang zur oberen Gehwegebene des Marktplatzes	02.02.2012	„Der Antrag wird an den Fachausschuss verwiesen, ebenfalls sollen die Behindertenbeauftragten eingebunden werden.“	Der Ausschuss wird baldmöglichst tagen.
der SPD-Fraktion vom 15.03.2012	betr. Öffnungszeiten der Spielhallen	29.03.2012	„Der Antrag wird an den Ausschuss für Stadtmarketing und Kultur, unter Hinzuziehung des Ordnungsamtes, verwiesen.“	Der Ausschuss wird baldmöglichst tagen.
der SPD-Fraktion vom 15.03.2012	betr. DSL	29.03.2012	„Der Antrag wird an den Fachausschuss verwiesen.“	Der Ausschuss wird baldmöglichst tagen.
der SPD-Fraktion vom 15.03.2012	betr. Wochenmarkt	29.03.2012	„Der Antrag wird an den Fachausschuss verwiesen.“	Der Ausschuss wird baldmöglichst tagen.

Beantwortung der Anfrage der FWG-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung vom 25.04.2012

Frage:

Im Rahmen der Debatte um die Erhöhung von Kassenkrediten wurden den Fraktionen zur Begründung des erhöhten Kreditbedarfs im Jahr 2012 die kurzfristige Liquiditätsplanung (Dateiname: Finanzplanrechnung) Februar und März 2012 vorgelegt.

Diese Berechnungen sind eine Übersicht über die in den Monaten Februar und März zu erwartenden Einzahlungen und Auszahlungen.

Die Fraktion der FWG Homberg (Efze) bittet, die Stadtverordnetenversammlung über die tatsächlichen Zahlen Januar, Februar, März und April 2012 und eventuell vorhandene Differenzen zwischen Soll- und Istzahlen zu unterrichten.

Antwort:

Erhöhung des Kassenkreditrahmens / Vergleich der Plan-Zahlen mit dem Ist-Ergebnis für den Zeitraum Januar bis April 2012

Januar 2012

Für den Monat Januar 2012 wurde keine Planung aufgestellt. Eine Vorausplanung der Einnahmen und Ausgaben wurde erst ab dem Monat Februar 2012 vorgenommen.

Bei der Betrachtung des Ist-Ergebnisses Januar 2012 ist zu beachten, dass dieses durch die Aufnahme – und Umschuldung - von Kassenkrediten in Höhe von 6,0 Mio. € und die Rückzahlung – und Umschuldung – von Kassenkrediten in Höhe von 4,5 Mio. € beeinflusst worden ist.

Die effektive Neuaufnahme im Monat Januar 2012 betrug somit 1,5 Mio. €.

Die IST-Einnahmen im Januar 2012 betragen	6.954.088,46 €
Die IST-Ausgaben im Januar 2012 betragen	6.690.725,70 €

Februar 2012

Das Ist-Ergebnis des Monats Februar 2012 wurde positiv durch den Steuertermin 15.02. beeinflusst. Die Steuereinnahmen fielen höher als erwartet aus (Zahlungsmoral der Bürger).

Die IST-Einnahmen im Februar 2012 betragen	2.476.175,05 €
Plan	2.201.718,67 €
Die IST-Ausgaben im Februar 2012 betragen	2.461.578,73 €
Plan	2.362.549,21 €

März 2012

Das IST-Ergebnis des Monats März 2012 wurde positiv durch die Zahlung der Abwassergebühren (Fälligkeit: 15.03.2012) beeinflusst.

Die IST-Einnahmen im März 2012 betragen	1.303.683,83 €
Plan	601.718,67 €
Die IST-Ausgaben im März 2012 betragen	2.146.653,52 €
Plan	2.646.173,07 €

April 2012

Das IST-Ergebnis des Monats April 2012 ist beeinflusst durch die Aufnahme eines Kassenkredites in Höhe von 1,0 Mio. € sowie dem Zahlungseingang der Einkommensteueranteile am 30.04.2012 in Höhe von ca. 1,1 Mio. €.

Die IST-Einnahmen im April 2012 betragen	2.922.339,61 €
Plan	551.718,67 €
Die IST-Ausgaben im April 2012 betragen	2.018.810,13 €
Plan	1.354.623,06 €

Für den gesamten Zeitraum von Januar bis April 2012 kann gesagt werden, dass die Einnahmen – insbesondere die Steuereinnahmen – höher als erwartet ausfielen.

Auf der Ausgabenseite muss festgestellt werden, dass Ausgaben – insbesondere Baurechnungen – nicht wie in der Planung berücksichtigt, in dem oben genannten Zeitraum fällig wurden.